

Mit den jüngst beschlossenen Reformen können laut Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf (CSU) Gebührenerhöhungen in Kindertagesstätten nicht gerechtfertigt werden. Fotos: Sebastian Gollnow/Peter Kneffel, dpa

Kein Grund für höhere Kita-Gebühren?

Der Freistaat gibt zwar mehr Geld für die Betreuung, doch weiß nicht, ob es für die Eltern teurer wird. Genügend Plätze soll es aber geben.

Von Henry Stern

München Zum Start des neuen Kita-Jahres am 1. September sieht Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf (CSU) keinen Grund für eine Erhöhung der Elternbeiträge durch die dafür zuständigen Kommunen: „Denn dank der einseitigen Erhöhung der Kita-Zuschüsse durch den Freistaat ist die staatliche Förderung so hoch wie nie“, erklärt Scharf. Schon in diesem Jahr bekommen die Kommunen mit rund drei Milliarden Euro Betriebskosten-Förderung rund zehn Prozent mehr Geld. 2029 soll es im Vergleich zu 2025 sogar ein Viertel mehr Fördermittel sein. Die Zuschüsse des Freistaats könnten also keine Begründung für höhere Elternbeiträge sein, bekräftigt Scharf. Sie habe deshalb „die herzliche Bitte“ an alle Kommunen, „mit den Elternbeiträgen sozialverträglich umzugehen“.

Das Thema ist brisant: Denn um die höheren Kita-Zuschüsse zu finanzieren, strich die Staatsregierung Ende 2025 das bayerische Familiengeld. Auch ein staatlicher Zuschuss zu den Elternbeiträgen fällt weg – laut der Ministerin, um Bürokratie abzubauen. Alle auf diese Weise eingesparten Mittel sollen aber weiterhin den Kitas zufließen.

Kita-Träger und Kommunen begrüßen zwar das zusätzliche finanzielle Engagement des Freistaats. Allerdings stiegen die Personal- und Betriebskosten schneller als der staatliche Zuschuss, warnt man dort. Vor allem finanziell klammen Kommunen bleibe deshalb oft gar nichts anderes übrig, als die Eltern in der Kita stärker zu Kasse zu bitten.

Wie viele bayerische Kitas für die Eltern teurer werden sollen, weiß das Sozialministerium nicht. Man sei jedoch im Kontakt mit vielen Kommunen, die höhere Elternbeiträge planten. Mitunter seien Bürgermeister positiv überrascht, wie viel Geld mehr sie vom Freistaat für ihre Kitas bekommen werden, berichtet Scharf. Dies verändere oft auch die Debatte vor Ort über die Elternbeiträge.

> Gestiegene Kosten werden nicht kompensiert.

Ohnehin kann Scharf zu Beginn des Kita-Jahres mit großen Zahlen aufwarten: Mit mehr als 11.000 Einrichtungen gibt es 37 Prozent mehr Kitas in Bayern, als noch 2010. Dort werden rund 645.000 Kinder betreut – ein Anstieg um 42 Prozent seit 2010. Das Personal wuchs im gleichen Zeitraum sogar um 114 Prozent auf gut 129.000 Erzieher, Kinderpfleger und unterstützende „Teamkräfte“. Der Betreuungsschlüssel lag 2025 damit laut Scharf im Schnitt erstmals bei weniger als neun Kinder auf eine Fachkraft.

2027 wird zudem der Fachkräftebedarf an den Kitas – auch dank rund 21.000 Quereinsteigern – erstmals gedeckt werden können, hofft die Ministerin – zumindest rechnerisch. Denn noch immer gibt es vor allem in größeren Städten einen Mangel an ausgebildetem Personal. Gleichzeitig drohen manchen kleinen Land-Kitas aufgrund sinkender Geburtenzahlen die Kita-Kinder auszugehen. Scharf gibt für solche Fälle jedoch eine weitreichende Bestandsgarantie: Das neu reformierte Kita-Gesetz in Bayern ermögliche hier flexible finanzielle Lösungen, „damit auch bei rückläufigen Kinderzahlen kleine Land-Kitas weiter betrieben werden können“, beteuert sie.



Ulrike Scharf

Optimistisch ist Ulrike Scharf zudem, dass der mit dem neuen Schuljahr geltende Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Erstklässler erfüllt werden kann: Alle Abc-Schützen, deren Eltern dies wollten, können voraussichtlich einen Hort oder eine Mittagsbetreuung besuchen, verspricht die Ministerin: „Bisher können alle Wünsche bedient werden.“ Bis 2029 gilt der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung dann schrittweise von der ersten bis zur vierten Klasse für alle Grundschüler.

Schon im vergangenen Schuljahr hätten rund 311.000 bayerische Grundschulkinder Ganztagsangebote genutzt – rund sechzig Prozent aller Grundschüler. Die Bereitstellung der notwendigen Plätze sei zwar „ein Kraftakt für die Kommunen“, räumt Scharf ein. Der Freistaat werde aber jeden zusätzlichen Platz fördern. Dafür stehen zunächst 461 Millionen Euro zur Verfügung. Weitere 210 Millionen Euro könnten zudem aus den Sonderschulden des Bundes für Umbau, Ausbau oder Neubaukosten im Zuge des Ganztagsanspruches verwendet werden. „Der Ganztag ist aus meiner Sicht eine riesige Chance“, findet Scharf. Denn die Betreuung auch am Nachmittag könne die Teilhabe benachteiligter Kinder, den Gemeinsinn und die Wertevermittlung stärken. Wie an den Kitas gelte auch in der Grundschule: „Wer früher fördert, hilft den Kindern gut ins Leben“, ist Scharf überzeugt. Das zusätzliche Steuergeld für die Kinderbetreuung in Bayern sei deshalb gut investiert.